

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZWANZIGSTES JAHR

MAI 1969

5

LUDWIG ROSENBERG

Zum 1. Mai 1969

An jedem 1. Mai werden Forderungen und Wünsche der Arbeitnehmer erhoben, und es werden auf Transparenten und in Mai-Reden diese Anliegen begründet und ihre Dringlichkeit betont. An jedem 1. Mai wird von der Verwirklichung jener Hoffnungen gesprochen, deren letzter Sinn es ist, das Leben der Menschen menschlicher, das Leben der Völker friedlicher und die Zukunftschancen jedes einzelnen gerechter zu gestalten.

Wenn wir zurückblicken auf die lange Geschichte der 1.-Mai-Tage, so können wir an den Forderungen und Wünschen jener vergangenen Zeiten ablesen, welche Hoffnungen inzwischen verwirklicht wurden. — Jeder 1. Mai spiegelt in seinen Parolen und seinen Reden die besonderen Probleme seiner Zeit und Umwelt wider — die Transparente, die am 1. Mai in den Zügen getragen und auf den Kundgebungen gezeigt werden, sind Wegweiser auf dem mühseligen Pfad zur Menschlichkeit, zur Freiheit und zur Gerechtigkeit.

Diese Gedanken sollten sich einmal auch jene machen, die noch niemals an einer Maidemonstration teilgenommen haben und auch jene, die oft so gern und so leichtfertig solche Kundgebungen als überholte Überreste aus vergangenen Zeiten abtun möchten. Ist das alles überholt, was da gefordert wird? Ist das veraltet — nicht mehr zeitgemäß? Prüfen wir es an den Forderungen, die an diesem 1. Mai 1969 auf Transparenten standen und in Mai-Reden erhoben wurden.

Da heißt es: „*Mitbestimmung — eine Forderung unserer Zeit.*“ Ist es überholt, wenn die Millionen Arbeitnehmer in einer Wirtschaft, die zu immer größerer Konzentration treibt, mitbestimmen wollen darüber, was ihr direktes und ganz persönliches Schicksal betrifft? Ist es etwa richtig, daß ein Aktionär, der eine Aktie von 100 DM in diesem Betriebe besitzt, mehr über diesen Betrieb zu entscheiden hat als der Arbeiter oder Angestellte, dessen ganze Existenz von diesem Betriebe abhängt? Berechtigt Eigentum über Sachen auch zur Herrschaft über Menschen?

Ist diese Frage unzeitgemäß — oder ist ihre Verweigerung unzeitgemäß? Es ist eine Frage, die so viele und so vielseitige Aspekte hat, daß sie nicht leichtfertig mit einigen Schlagworten abgetan werden kann. Wie man hier entscheidet, davon wird mehr abhängen als viele heute glauben machen möchten. Es entscheidet sich nämlich tatsächlich Sinn und Inhalt unserer modernen Demokratie, die nur solange lebendig und gesichert ist, solange sich die Mehrzahl der Bürger — also die Arbeitnehmer — auch in ihrem Berufsleben und in dem davon abhängigen Privatleben als Selbstverantwortliche und selbst Mitbestimmende mit Recht empfinden und nicht als Objekte fremder Entscheidungen. Wer dieses Grundproblem moderner Gesellschaftspolitik nicht begreifen will, wird ganz

gewiß einmal entsetzt vor den Trümmern dessen stehen, was er heute zu verteidigen glaubt. Es ist keine Erfindung böswilliger Agitatoren, wenn sie die Verantwortlichen auf die bedeutenden politischen Konsequenzen solcher Versäumnisse hinweisen und wenn sie gerade im Wahljahr 1969 der Mitbestimmung eine solche entscheidende Rolle beimessen. Hier werden in der Wirtschaft Weichen gestellt — oder nicht gestellt —, die für die politische Zukunft und Sicherheit unserer demokratischen Grundordnung so oder so entscheidend sind.

„Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter“ — Gleichstellung mit den Angestellten auch in der Form. Ist diese Forderung überholt? Oder ist es nicht vielmehr längst überholt, daß Arbeiter im Krankheitsfall anders als Angestellte behandelt werden, daß man ihnen gegenüber eine andere Methode anzuwenden vorschlägt, als sie bei Angestellten seit eh und je üblich ist? Was ist hier reformbedürftig in einer Zeit, in der es gesellschaftspolitisch und nicht nur in bezug auf die materielle Leistung um volle Gleichstellung geht? Wer wagt es heute noch, offen auszusprechen, daß er den Arbeiter anders in seinem Wert als Mitarbeiter einschätzt als den Angestellten? Ist es überhaupt verständlich, daß es darum noch Streit geben kann und daß die finanzielle Reform der Krankenversicherung mit dem gesellschaftspolitischen Ziel der Gleichstellung verquickt wird? — Es wird verständlich, wenn man diese Frage vorwiegend vom Standpunkt des Materiellen sieht und nicht als selbstverständliche Konsequenz gesellschaftspolitischer Entwicklung. Kann man aber diese Frage vorwiegend vom materiellen Standpunkt aus betrachten — sieht man dann das Problem noch richtig?

Diese und manche anderen Fragen, die auf den Transparenten an diesem 1. Mai 1969 gestellt wurden, sie alle haben direkten und indirekten Bezug zu jenen gesellschaftspolitischen Problemen, die in diesem Jahr und in den kommenden Jahren mehr als bisher im Vordergrund gewerkschaftlicher Forderungen stehen werden. Es geht schlicht und einfach darum, nach dem wirtschaftlich-materiellen Aufbau unseres Landes endlich die gesellschaftspolitischen Konsequenzen zu ziehen, die allein Existenz und Ausbau einer freiheitlichen Demokratie sichern können. Auf *allen* Gebieten — in den Betrieben ebenso wie in den Schulen und Hochschulen. Es ist seit Jahren versäumt worden, dieser Demokratie jene feste Grundlage zu schaffen, die einzig und allein im Engagement und in der aktiven Bereitschaft der Demokraten besteht, die Freiheit, das Recht und das Grundgesetz mit Leben zu erfüllen und gegen alle zu verteidigen, die von rechts oder links direkt oder indirekt diese Grundwerte in Gefahr bringen können. Wer nicht bereit ist, die dazu notwendigen *Voraussetzungen* jetzt und ohne Verzug zu schaffen — der versündigt sich an dieser freiheitlichen Grundordnung. Er hat kein Recht, sich später über die Folgen seiner Versäumnisse zu beklagen.

Die Forderungen dieses 1. Mai sind mehr als die Wünsche und Hoffnungen einer Gruppe des Volkes — sie sind ein Mahnruf an alle, denen Demokratie und freiheitliche Ordnung mehr ist als eine Sonntags-Parole.